

**Lettlands „Rückkehr nach Europa“ –
Erfüllung eines lettischen Traums?
Der EU-Beitritt als Projekt der lettischen Elite**

von Katja Wezel

Summary

When the “Return to Europe” campaign ended with Latvia’s successful admission to the European Union (EU), one of the main objectives of Latvia’s political elite since the end of the era of Soviet domination was achieved. Despite often-changing coalition governments and a heavy emphasis on the necessity for a rebirth of the Latvian nation-state, the planned admission of Latvia to the EU was never put in serious jeopardy. A clear majority of Latvian politicians supported admission – in contrast to the general population, whose support in the run-up to the EU referendum of 2003 had first to be secured. The line of attack of the media campaign in favor of admission to the EU concentrated on conveying the message that only as a member of the EU could Latvia realize its chances for development and prosperity and secure its political-security interests. The “EU campaign” in Latvia was conducted with highly emotional arguments instead of with a pragmatic, deliberate weighing of evidence: both the Latvian media and Latvian politicians represented the EU as the antithesis of Russia. As a concomitant result, the campaign tended rather to increase than diminish the skepticism of the Russian-speaking portion of the population regarding admission to the EU.

Aus dem Deutschen übersetzt von Louis Marvick, Reno

Nach dem Zerfall der UdSSR und der faktischen Wiederherstellung der lettischen Unabhängigkeit im August 1991 war das Ziel der lettischen Politik klar vorgegeben: die „Rückkehr Lettlands nach Europa“. In diesem Diskurs spielten die Medien – und zwar insbesondere die lettischsprachigen Medien – eine tragende Rolle. Bereits mit der Deklaration vom 4. Mai 1990¹ und der „Renaissance des lettischen

¹ Mit der Unabhängigkeitsdeklaration vom 4. Mai 1990 wurde die lettische Verfassung vom 15. Februar 1922 wieder in Kraft gesetzt, zunächst jedoch nur die Artikel 1-3 sowie Artikel

Nationalstaates“² hatten die lettischsprachigen Zeitungen immer wieder auch Lettlands europäische Werte und Traditionen betont und die Orientierung nach Westen akzentuiert, die man in Gegensatz zur Sowjetunion setzte.³

Auch wenn die innenpolitische Lage in Lettland sehr instabil blieb und die Koalitionsregierungen in Lettland nach der Wahl zur ersten postsowjetischen *Saeima* (Parlament) 1993 im Schnitt nicht länger als 1,5 Jahre hielten,⁴ so gab es doch innerhalb der politischen Führungselite einen Konsens darüber, dass die Beitritte zur EU und zur NATO vorrangige außenpolitische Ziele waren. Darin waren sich die Mitte-Rechts-Koalitionen einig, die ab 1993 in unterschiedlichen Konstellationen die lettische Regierung bildeten. Treibende Kraft hinter dem Ziel der schnellen Aufnahme in NATO und EU war das Dogma der lettischen Sicherheitspolitik, dass der lettische Nationalstaat allein auf Dauer nicht überlebensfähig sei, Lettland daher den Schutz transnationaler Organe und Strukturen benötige.⁵ Am 13. Oktober 1995 reichte Lettland seine Bewerbung für den Beitritt zur EU ein. Im Februar des gleichen Jahres war Lettland Mitglied des Europarates geworden und hatte somit die erste Hürde auf dem Weg „zurück nach Europa“ genommen. Der EU-Beitritt wurde in Lettland immer in einem Atemzug mit dem NATO-Beitritt genannt, beide wurden als zwei Seiten einer Medaille aufgefasst.⁶ Sie waren ein Gesamtpaket, mit dessen Hilfe Lettland in die westeuropäischen politischen Strukturen integriert werden sollte.

-
6. Vgl. State Archives of Latvia, Policy of Occupation Powers 1939–1991. A collection of documents. Riga 1999, S. 547 ff. Gleichzeitig rief der Oberste Sowjet eine Übergangsperiode zur *de-facto*-Wiederherstellung der Unabhängigkeit aus, die im Zuge der Ereignisse des Putsches gegen Michail Gorbatschow am 21. August 1991 für beendet erklärt wurde.
- ² Die lettischen Medien feierten die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Mai 1991 als „lettische Renaissance“. Vgl. Baltic Institute of Social Sciences, Integration Practice and Perspectives. Riga 2006, S. 107. In dieser Studie hat das Baltische Institut für Sozialwissenschaften – unter der Leitung der Soziologin Brigita Zepa – die Rolle der Presse für die Konstruktion einer kollektiven Identität untersucht. Hierfür wurden einige – für Lettland besonders wichtige – Ereignisse, darunter die Unabhängigkeitserklärung, ausgewählt und deren Rezeption in der Presse untersucht.
- ³ Vgl. ebenda.
- ⁴ Axel Reetz, Die Entwicklung der Parteiensysteme in den baltischen Staaten. Vom Beginn des Mehrparteiensystems 1988 bis zu den dritten Wahlen. Wittenbach 2004, hier bes. S. 102 f.
- ⁵ Daina Bleiere, Integration of the Baltic States in the European Union: The Latvian perspective, in: Small States in a Turbulent Environment. The Baltic Perspective, hrsg. v. Atis Lejins u. Zaneta Ozolina. Riga 1997, S. 60–112, hier S. 62 f.
- ⁶ Interview der Autorin am 10. Januar 2008 in Brüssel mit Imants Lieģis, 1997–1999 Botschafter Lettlands für Belgien, Luxemburg und den Niederlanden sowie von 1997–2004 Leiter der lettischen Gesandtschaft bei der NATO.

1998 wurden im Rahmen des „Nationalen Programms Lettlands zur Integration in die Europäische Union“ folgende Prioritäten formuliert: 1. Lettland zu einem modernen und demokratischen Staat umzugestalten und 2. die „Reintegration“ Lettlands nach Europa zu forcieren.⁷ Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands wurde damit auch in Bezug auf die europäische Integration betont, dass man an die alten Traditionen anknüpfen wolle. Dem lag die Überzeugung zugrunde, dass Lettland in die Gemeinschaft der westlichen Demokratien gehöre.⁸

Einstellungen der Bevölkerung zur EU vor dem Beitritt

Die Bevölkerung in Lettland – sowohl die lettisch- als auch die russischsprachige – stand dem EU-Beitrittsprojekt zunächst eher skeptisch gegenüber. Es war die politische Elite Lettlands, welche den EU-Beitritt nachhaltig förderte, unterstützte und für ihn warb. Hierbei lassen sich also durchaus Gemeinsamkeiten zu Westeuropa feststellen, wo die europäische Integration auch bis heute ein Elitenprojekt geblieben ist, das man der Bevölkerung „verkaufen“ bzw. „vermitteln“ muss – die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden 2005 und des Lissabon-Vertrags in Irland 2008 haben gezeigt, dass man dabei nicht immer erfolgreich war.⁹

Für Lettland und die zunächst ablehnende Haltung der lettischen Bevölkerung kam die Besonderheit der Diktaturerfahrung hinzu. Die sowjetische Erfahrung eines – in der Realität fiktiven – Unionsstaates mit pseudoföderalen Strukturen und Rechten hatte dafür gesorgt, dass viele Letten dem Konzept einer Union an sich skeptisch gegenüberstanden. Anhand der Umfragen, welche die Europäische Kommission in Mittel- und Osteuropa seit Ende 1994 durchführte, kann man die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Lettland in Bezug auf die Europäische Union ablesen.¹⁰ So waren im November

⁷ Latvijas Nacionālā Programma Integrācijai Eiropas Savienībā (Nacionālā Programma Acquis Pārņemšanai) [Das nationale Programm Lettlands für die Integration in die Europäische Gemeinschaft]. Rīga 1998, S. 3: „Kopš neatkarības atgūšanas 1990.–1991. gadā Latvijas prioritāte ir modernas un demokrātiskas valsts izveide un reintegrācija Eiropā.“

⁸ Vgl. auch Nils Muiznieks u. Ilze Brands Kehris, *The European Union, democratization, and minorities in Latvia*, in: *The European Union and Democratization*, hrsg. v. Paul J. Kubicek. London/NewYork 2003, S. 30-55, hier S. 30.

⁹ Vgl. Jürgen Habermas, „Erste Hilfe für Europa“, in: *Die Zeit* v. 29. November 2007.

¹⁰ Vgl. Europäische Union. Europäische Kommission, *Die Öffentliche Meinung und die*

1994 nur 24% der lettischen Bevölkerung der Meinung, die Zukunft ihres Landes liege in der Europäischen Union.¹¹ Die Zuspruchszahlen zur EU waren in Lettland und Estland, verglichen mit den anderen Beitrittskandidaten, durchgängig am niedrigsten.

Die Umfragewerte des Eurobarometers in Bezug auf die baltischen Staaten bestätigen interessanterweise nicht die gängige Meinung, dass die russischsprachige Bevölkerung grundsätzlich dem EU-Beitritt ablehnender gegenüberstand als die Titularnationen, also Letten, Esten und Litauer. Im Gegenteil, 1994 glaubten bei den ethnischen Minderheiten in den baltischen Staaten 29% der Befragten, die Zukunft ihres Landes liege in der Europäischen Union, nur 21% gaben an, dass Russland die wichtigste Rolle zukomme.¹² Bei den ethnischen Mehrheiten hingegen stand die Europäische Union mit 25% nur an zweiter Stelle. Wichtiger als die Rolle der EU wurde von den Befragten die Bedeutung der „anderen europäischen Staaten“ eingeschätzt¹³ – was damit zu erklären ist, dass Finnland und Schweden, die als strategische Partner der baltischen Staaten eine wichtige Rolle spielten, zu diesem Zeitpunkt der EU noch nicht beigetreten waren. Doch auch nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur EU veränderte sich die Stimmung nur unmerklich. Nach ihrer Meinung über einen möglichen EU-Beitritt befragt, waren in den baltischen Staaten Ende 1997 insgesamt 38% der Befragten für den Beitritt, bei den ethnischen Minderheiten war die Zuspruchsrate mit 36% nur unerheblich geringer.¹⁴

Bis Ende 2002 hatten sich die Zahlen nur unwesentlich verändert: Im Herbst 2002 glaubten immer noch erst 35% der lettischen Bevölkerung, der Beitritt zur EU sei positiv für die Zukunft ihres Landes, 33% waren unentschlossen und 21% dagegen.¹⁵

Europäische Union, Mittel- und Ost-Eurobarometer. Brüssel 1995. Die Befragungen für das Eurobarometer 1995 wurden im November 1994 durchgeführt.

¹¹ Eurobarometer 5 (1995), Anhang Grafik 9 ff. Die exakte Frage lautete: „Von welchem Land hängt unsere Zukunft ab?“

¹² Ebenda, S. 35.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Die Frage lautete: „Wie würden Sie in einem Referendum über den EU-Beitritt abstimmen?“, European Union. European Commission, Public Opinion and the European Union, Central and Eastern Eurobarometer 8 (1998), Anhang Grafik 57.

¹⁵ European Commission, Candidate Countries Eurobarometer. Public Opinion in the Countries applying for European Union membership, Report Number 2002.2. Brüssel 2002, S. 65.

Werben für den Beitritt: die Rolle der Eliten

Für die Beurteilung der Debatte vor dem EU-Beitritt sind die Rolle der Eliten sowie die der veröffentlichten Meinung von besonderer Bedeutung – schließlich gelang es der politischen und meinungsbildenden Elite, die lettische Bevölkerung zu motivieren, für den Beitritt zur EU zu stimmen. Bis zuletzt war der Ausgang des Referendums unsicher gewesen, im August 2003 waren die Zustimmungswerte sogar auf ein Jahrestief von 53% gefallen.¹⁶ Im September wurden daher noch einmal alle Kräfte mobilisiert. Noch am Abend vor dem Referendum warb die lettische Staatspräsidentin Vaira Vīķe-Freiberga in einer Fernsehansprache eindringlich für den Beitritt. In den beiden größten lettischen Tageszeitungen, „Diena“ („Der Tag“) und „Lauku Avīze“ („Landzeitung“), wurde ein Aufruf der Präsidentin abgedruckt, in dem sie mit emotionalen Worten zur lettischen Bevölkerung sprach und sie aufforderte, für den Beitritt zu stimmen.

Die komplette politische Führungsspitze,¹⁷ einschließlich der verschiedenen lettischen Ex-Ministerpräsidenten seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit 1991,¹⁸ war während des Septembers 2003 in den lettischen Medien omnipräsent und sprach sich öffentlich für den Beitritt Lettlands zur EU aus. Auch die kulturelle und wissenschaftliche Elite Lettlands warb für den Beitritt: In einem in der Tageszeitung „Diena“ veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Am 20. September haben wir die Möglichkeit, die Geschichte zu korrigieren“ wurde die lettische Bevölkerung aufgefordert, für den Beitritt zu stimmen. Der Artikel wurde von 102 in der lettischen Öffentlichkeit bekannten Persönlichkeiten unterzeichnet, angeführt mit der Unterschrift der bekannten lettischen Dichterin Māra Zālīte.¹⁹ 21 Mitglieder des Senats der Akademie der Wissenschaften Lettlands unterzeichneten am 9. September einen Aufruf, in dem für den Beitritt zur EU

¹⁶ Balsotu par ES [Für die EU stimmen], in: Diena v. 16. September 2003. Nach der von „Latvijas fakti“ durchgeführten Umfrage gaben im August 2003 nur noch 53% der Befragten an, für den Beitritt stimmen zu wollen.

¹⁷ Vgl. die Statements der drei ranghöchsten Volksvertreter: Vaira Vīķe-Freiberga (Staatspräsidentin), Ingrida Ūdre (Parlamentsvorsitzende), Einars Repše (Ministerpräsident): Kāpēc es rit balsošu par Latvijas iestāšanos Eiropas Savienībā [Warum ich morgen für Lettlands Beitritt zur Europäischen Union stimme], in: Latvijas Vēstnesis v. 19. September 2003.

¹⁸ Ekspremjeri aicina balsot par [Expremierminister rufen auf, dafür zu stimmen], in: Diena v. 19. September 2003.

¹⁹ „20. Septembrī mums ir iespēja koriģēt vēsturi“ [„Am 20. September haben wir die Möglichkeit, die Geschichte zu korrigieren“], in: Diena v. 5. September 2003.

geworben wurde.²⁰ Am 20. September 2003, dem Tag des Referendums, wurde in der Tageszeitung „Diena“ – sozusagen als Entscheidungshilfe für die noch Unentschlossenen – noch einmal eine Übersicht aller Vereinigungen und Gruppierungen veröffentlicht, die dazu aufriefen, für den Beitritt zu stimmen. Darunter fanden sich so unterschiedliche Gruppen wie die lettische Studentenkorporation Lettonia, die Fußballvereinigung, die Vereinigung der polnischen Minderheit Lettlands oder die Katholische Kirche sowie zahlreiche Firmen (Siemens, Latvijas Mobilais Telefons, Data Media Group u.a.).²¹

Die lettischen Politiker suchten gezielt das Gespräch mit den Bürgern und absolvierten eine ganze Reihe von Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden, teilweise unterstützt von EU-Politikern²² und ausländischen Regierungsvertretern. Die finnische Präsidentin Tarja Halonen reiste nach Lettland, um ihre lettische Amtskollegin bei der Werbung für den EU-Beitritt zu unterstützen.²³ Gemeinsam mit der lettischen Präsidentin Viķe-Freiberga nahm Halonen sogar an einer Informationsveranstaltung und Diskussion in der lettischen Kleinstadt Sigulda teil, unter dem Titel „Von Sigulda nach Brüssel sind es 1844 km. Was gewinnen und was verlieren wir durch die Europäische Union?“²⁴ Der lettische Ministerpräsident Einars Repše sprach am 16. September 2003 gemeinsam mit seinem estnischen Amtskollegen Juhan Parts – die Esten hatten dem EU-Beitritt im Referendum am 14. September 2003 zugestimmt – auf dem Rigaer Bahnhof mit lettischen Bürgern.²⁵

²⁰ „Ar ‚pret‘ balsojumam mūsu problēmas netiks atrisinātas. Latvijas Zinātņu akadēmija aicina“ [„Mit einem Votum ‚dagegen‘ werden unsere Probleme nicht gelöst. Aufruf der Akademie der Wissenschaften Lettlands“], in: Latvijas Vēstnesis v. 10. September 2003. An erster Stelle wurde der Aufruf vom Präsidenten der Akademie der Wissenschaften Lettlands, Jānis Stradiņš, unterzeichnet.

²¹ „Aicinājušas balsot par“ [„Aufgerufen, dafür zu stimmen“], in: Diena v. 20.03.2003.

²² Zum Lettlandbesuch von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen vgl. Būt Eiropā – tas ir Latvijas interesēs [In Europa sein – das ist Lettlands Interesse], in: Lauku Avīze v. 4. September 2003.

²³ Kopā būsīm stipr āki [Zusammen werden wir stark sein], in: Lauku Avīze v. 16. September 2003. In ihrem Statement betonte die finnische Präsidentin, dass die Europäische Union gerade auch kleine Nationen und ihre Kultur unterstützte.

²⁴ Titel der Veranstaltung im lettischen Original: No Siguldas līdz Briselei 1844 km. Ko iegūsim un ko zaudēsim Eiropas Savienībā?. Im Vorfeld des Referendums fanden in mehreren lettischen Städten solche Veranstaltungen statt, immer mit dem Tenor „Von Lettland nach Brüssel sind es so (...) viele km“. Sie wurden von der Zeitung „Lauku Avīze“ gemeinsam mit der Arbeitsgruppe „Lettland in Europa“ organisiert. Vgl. Somijas prezidente – „Lauku Avīzes“ pasākumā [Die finnische Präsidentin – auf der Veranstaltung der „Lauku Avīze“], in: Lauku Avīze v. 13. September 2003.

²⁵ Ziemeļu kaimiņi mudina – sakiet jā [Der Ratschlag des nördlichen Nachbarn – sagen Sie ja], in: Lauku Avīze v. 17. September 2003.

Insgesamt wurde das Referendum zur „Schicksalsentscheidung“ für Lettland stilisiert.²⁶ So forderte Einars Repše in einem Interview, „für die Rückkehr Lettlands nach Europa“ zu stimmen, und erklärte: „Lettland war immer ein europäischer Staat, einer der fortschrittlichsten vor dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb spreche ich von einer ‚Rückkehr‘ nach Europa“.²⁷ Die Kernbotschaft der lettischen Politiker lautete, dass es sich bei dem Referendum um eine historische Entscheidung handele. Es fand kein pragmatisches Abwägen von Argumenten statt. Stattdessen ging es darum, die lettische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es für ein freies, unabhängiges Lettland keine andere Alternative gebe als den Beitritt zur EU.

Emotionalität und die Betonung der historischen Entscheidung waren auch die Bausteine der Rede, mit der die lettische Präsidentin am Abend vor dem Referendum ihr Volk noch einmal aufrief, für den Beitritt zu stimmen.²⁸ In ihrer sehr emotionalen Rede griff die lettische Präsidentin Martin Luther Kings berühmte Worte „Ich habe einen Traum...“ auf und schilderte ihren Traum für Lettlands Zukunft: freie Entwicklung für das Land und seine Bewohner und Prosperität als Teil Europas. Viķe-Freiberga schloss ihre Rede mit den Worten: „Liebe Bürger! Lasst uns all dies zusammen anpacken, alle zusammen können wir Großes erreichen. Wagen wir es zu träumen!“²⁹

Die Anzeigen- und Fernsehkampagne für den Beitritt

Neben der Werbekampagne in den Zeitungen sollten vor allem Fernsehspots und eine Posterkampagne mit dem Motto „Nepaliec malā! – Bleib nicht am Rand!“³⁰ den lettischen Bürgern vermitteln, dass der EU-Beitritt für Lettland einen Gewinn bedeute, während ein „Nein“

²⁶ Otrs valstij liktenīgais balsojums [Die zweite schicksalshafte Abstimmung für das Land], in: Lauku Avīze v. 13. September 2003. Mit dem Titel des Artikels wird das EU-Referendum in eine historische Linie mit dem Referendum vom März 1991 gestellt, in welchem 73,7% der Einwohner Lettlands für die Unabhängigkeit Lettlands gestimmt haben.

²⁷ Ebenda. Im lettischen Original: „Par Latvijas atgriešanos Eiropā! (...) Latvija vienmēr ir bijusi attīstīta Eiropas valsts, viena no attīstītākajām Eiropas valstīm pirms Otrā pasaules kara. Tāpēc es runāju par ‚atgriešanos Eiropā‘“

²⁸ Vgl. Abdruck der Rede: Lepnums, pašapziņa un pašpalāvība teikt jā [Der Stolz, das Selbstbewusstsein und das Selbstvertrauen sagt ja], in: Diena v. 20. September 2003.

²⁹ Ebenda. Im lettischen Original: „Mīlie tautieši! Darīsim to visi kopā, visi kopā mēs varam lielas lietas. Uzdrīkstēties sapņot!“

³⁰ Die Poster sind auf der Informationsseite des EU-Informationsbüros in Lettland einsehbar, in: http://www.esia.gov.lv/lat/daliba_es/pirmsreferenduma_kampana/reklamas_kampana/?doc=242 [letzter Zugriff: 24.7.2008].

zum Beitritt Lettland großen Schaden zufügen würde. Die Werbekampagne wurde von der lettischen Regierung unter Ministerpräsident Einars Repše geplant und von einer Arbeitsgruppe unter der Führung der damaligen Leiterin der geisteswissenschaftlichen Abteilung der Lettischen Musikakademie, Ramona Umblija, durchgeführt.³¹ Die Poster, die auf Straßen zu sehen waren und in Zeitungsanzeigen abgedruckt wurden, stellten ein Puzzle dar, in dem noch ein Stück fehlte: Lettland war das letzte Land von den zehn Beitrittskandidaten in der ersten Runde der EU-Osterweiterung, in dem über den Beitritt abgestimmt wurde. Durch das fehlende Puzzlestück wurden zwei Interpretationen transportiert: 1. Lettland als Teil des Europa-Puzzles, ohne das Europa ein Stück fehle, und 2. Lettland, dem etwas fehle, wenn der „Baustein EU“ nicht hinzukomme. Das Hauptplakat der Kampagne war in EU-blauem Farbton gehalten und hatte zwei unterschiedliche Varianten und Botschaften: die eine lautete getreu dem Motto der Kampagne „Bleib nicht am Rand“, die zweite forderte dazu auf, „für“ den Beitritt zu stimmen – in eigenem Interesse.³²

Die Anzeigenkampagne war so aufgebaut, dass unterschiedliche Personengruppen angesprochen wurden. Es gab mehrere Varianten des „Bleib nicht am Rand“-Plakats in Anzeigengröße, wobei verschiedene Aspekte und Vorteile des EU-Beitritts thematisiert wurden. Ein Poster zeigte einen lettischen Arbeiter – sinnbildlich für den Aufbau Lettlands mit EU-Hilfe. Ein weiteres Poster stellte eine im Bau befindliche, moderne Brücke dar, die unterschiedliche Assoziationsmöglichkeiten beinhaltete: Fortschritt, Strukturfonds, Aufbauhilfe der EU sowie für Lettland als Brücke zwischen Ost und West. Am deutlichsten wurde der Gedanke „EU = Fortschritt“ durch das Poster, das die traditionelle ländliche Bevölkerung ansprach, von der man aus den Umfragen wusste, dass sie dem Beitritt besonders kritisch gegenüber stand. Es stellte die Innenansicht eines traditionellen Hauses auf dem Land dar, mit einem Computer auf dem Tisch – durch das herausgenommene Puzzleteil jedoch fehlte der Computer. Die Bildunterschrift wies auf die europäischen Zuwendungen hin, von denen Lettland schon heute profitiere und die mit dem Beitritt noch

³¹ Vgl. http://www.esia.gov.lv/lat/daliba_es/pirmsreferenduma_kampana/ [letzter Zugriff: 25.10.2008].

³² Die lettische Botschaft lautete „nac ar savu“ [„Komm für Dich“]. Vgl. http://www.esia.gov.lv/lat/daliba_es/pirmsreferenduma_kampana/reklamas_kampana/?doc=243 [letzter Zugriff: 24.7.2008].

größer werden würden. Die Botschaft war sehr deutlich: „Ohne die EU-Unterstützung bleibt die Zukunft von 180 000 Kleinbauern ungewiss.“³³ Ein weiteres Poster der „Bleib nicht am Rand“-Kampagne stellte eine Mutter mit Kind dar. Die damit verbundene Botschaft war, dass der Beitritt zur EU Sicherheit und Zukunft bedeute.

Der Zukunftsgedanke war auch das Hauptmotiv hinter den zur Werbung für den Beitritt geschalteten Fernsehspots:³⁴ In einem der beiden Spots war ein schreiendes Kind in einer Wiege zu sehen, das schließlich von einer Mutter zur Brust genommen und gestillt wird. Danach folgte der Aufruf einer Stimme aus dem „Off“: „Wenn Du Dich um Deine Zukunft sorgst, dann stimme für den Beitritt zur EU“. Ein zweiter Fernsehspot zeigte mehrere sich schließende Türen nach dem Motto: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Von beiden Fernsehspots gab es eine lange und eine kurze Variante – die lange Version beinhaltete nach den emotionalen Bildern noch eine Kurzansprache einer lettischen Politikerin, die für den Beitritt warb. Die Fernsehkampagne war so aufgebaut, dass sich nur eine Schlussfolgerung als emotionale Gesamtbotschaft ergab: Die EU ist Lettlands einzige Chance für die Zukunft.

Die Werbekampagne in den lettischen Printmedien

Bei der Beurteilung der Kampagne in den Printmedien ist besonders die Darstellung in den beiden auflagenstärksten, überregionalen lettischsprachigen Zeitungen „Diena“ und „Lauku Avīze“³⁵ interessant. „Diena“³⁶ ist eine 1990 gegründete, sich an westlichen Standards orientierende Tageszeitung, die zu einem schwedischen Medienkonzern gehört. In ihr wird das Bemühen um eine breite Ausrichtung und Darstellung aller politischen Meinungen sichtbar, sie besitzt ein auch sprachlich hohes Niveau, ihr Adressatenkreis ist die Bildungselite. „Lauku Avīze“³⁷ hat ihre Leserschaft, wie schon der Name sug-

³³ Im lettischen Original: „Bez šāda atbalsta 180 000 mazo saimniecību nākotne paliks nekaidra.“

³⁴ Vgl. die Fernsehwerbespots für den Beitritt, in: http://www.esia.gov.lv/lat/daliba_es/pirmsreferenduma_kampana_reklamas_kampana/?doc=244 [letzter Zugriff: 24.7.2008].

³⁵ Zum Zeitpunkt des EU-Referendums 2003 hieß die heutige „Latvijas Avīze“ („Lettlands Zeitung“) noch „Lauku Avīze“.

³⁶ Im September 2003 hatte die Tageszeitung „Diena“ eine Auflage von 53 400 während der Woche und 66 150 für die Samstagsausgabe (inklusive Magazin).

³⁷ Im September 2003 hatte „Lauku Avīze“ eine Auflage von 58 450. Damit war sie die auflagenstärkste Tageszeitung Lettlands.

geriert, in der ländlichen Bevölkerung, aber auch bei dem national orientiertem Stadtpublikum. Die Orientierung der „Lauku Avīze“ ist nationallettisch, sowohl im kulturellen als auch im politischen Bereich, und bietet Politikern mit nationalen Standpunkten Raum. Die Auswahl der Zeitungen erklärt sich auch aus den spezifisch lettischen Verhältnissen: Ein großer Teil der russischsprachigen Bevölkerung war aufgrund des Nichtbürgerstatus vom Referendum ausgeschlossen. Es ist zudem bekannt, dass lettische Zeitungen auch 6-10% Leser mit russischem Hintergrund haben.³⁸ Dies sind in der Regel diejenigen, die gut Lettisch sprechen und die lettische Staatsbürgerschaft besitzen.

Bei einer Analyse der lettischen Printmedien vor dem Referendum wird bereits auf den ersten Blick deutlich, dass sich die Medien zwar bemühten, das ganze Spektrum der Meinungen wiederzugeben, jedoch dem EU-Beitritt deutlich der Vorzug gegeben wurde. Damit wurde in den beiden größten lettischen Tageszeitungen klar die Kampagne der Regierung für den Beitritt unterstützt. Am Tag des Referendums, am 20. September 2003, riefen sowohl „Diena“ als auch „Lauku Avīze“ noch einmal dazu auf, für den Beitritt zu stimmen: In beiden Zeitungen war dem „Ja“ zum Beitritt eine Großanzeige auf der ersten Seite gewidmet.

Die Debatte in der „Lauku Avīze“ wurde sehr emotional geführt und ließ vor allem Politiker zu Wort kommen.³⁹ Dabei wurde der Gegensatz „Westeuropa“ versus „Russland“ betont und suggeriert, dass sich Lettland zwischen einem der beiden entscheiden müsse.⁴⁰ Den Ängsten der Bevölkerung vor hohen Preisen und einer Bevormundung durch die europäische Landwirtschaftspolitik wurde das Argument entgegengehalten, dass Lettland mit dem Beitritt zur EU auch den EU-Markt als Exportmarkt für lettische Produkte erschließen – ohne den EU-Beitritt gäbe es auch keine neuen Märkte.⁴¹ In einer

³⁸ Ilze Šulmane, *The Russian Language Media in Latvia*, in: *Latvian-Russian Relations: Domestic and International Dimensions*, hrsg. v. Nils Muižnieks. Riga 2006, S. 64-73, hier S. 67.

³⁹ Zum Beispiel am 2. September 2003 die damalige Außenministerin Sandra Kalniete: *Lai bez mums nevar lemt Latvijas nākotni* [Damit sie nicht ohne uns über Lettlands Zukunft entscheiden], in: *Lauku Avīze* v. 2. September 2003. Vgl. ebenso Andris Piebalgs, *Kāda būs mūsu atbilde tāda būs Eiropas karte* [Wie auch immer unsere Antwort aussieht – das wird die Karte von Europa sein], in: *Lauku Avīze* v. 18. September 2003.

⁴⁰ Vgl. *Baltic Institute of Social Sciences, Integration Practice and Perspectives*. Riga 2006, S. 145.

⁴¹ *Jauniešu „jā“ un „nē“ sacensībā* [Das „ja“ und „nein“ der jungen Leute im Wettstreit], in: *Lauku Avīze* v. 6. September 2003, S. 1.

Extrabeilage der „Lauku Avīze“, „Tepat, Eiropā“ („Hier in Europa“), wurden unterschiedliche, für Lettland bedeutsame Aspekte in Bezug auf den Beitritt diskutiert und Informationen zu den anderen EU-Ländern gegeben. So wurde z.B. der Schutz der lettischen Sprache – ein immer wiederkehrendes Thema für die eher dem rechtsnationalen Spektrum nahe stehende Zeitung „Lauku Avīze“ – thematisiert. Die befragte Expertin, die Dichterin und Vorsitzende der staatlichen Sprachenkommission Māra Zālīte, hob hervor, dass Lettisch nach dem EU-Beitritt als offizielle EU-Sprache geschützt sei und dass die EU die Bewahrung der europäischen Vielfalt besonders auch im Bereich der Sprachen unterstütze.⁴² Dieses Argument war besonders wichtig, um national gesinnte Letten davon zu überzeugen, dass die EU in dieser Hinsicht keine Neuauflage der Sowjetunion darstelle, wo das Russische die kleineren Sprachen verdrängte, sondern dass alle Sprachen innerhalb der EU Amtssprachen seien – dass also der lettischen Sprache durch den EU-Beitritt keine Gefahr drohe.⁴³

Um den Argumenten der EU-Gegner zu widersprechen, welche die EU immer wieder mit der UdSSR verglichen und behaupteten, Lettland müsse nach dem EU-Beitritt um seine Souveränität fürchten, wurde in der „Lauku Avīze“ am 18. September in ihrer Europa-Beilage eine Übersicht veröffentlicht, in der die Unterschiede zwischen der Sowjetunion und der EU vereinfacht dargestellt wurden.⁴⁴ So wurde z.B. betont, dass Lettland nach einem demokratischen Referendum aus freien Stücken beitreten werde – ohne jeglichen Zwang militärischer oder politischer Art. In einem Unterpunkt, der die Repressionen und Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der UdSSR thematisierte, wurde betont, dass eine solche Situation für die EU undenkbar sei. Als Garanten für Demokratie und Pluralismus wurde u.a. das Mehrparteiensystem in den EU-Staaten genannt. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass Lettland als Mitgliedstaat innerhalb der EU-Strukturen eine Stimme in der EU haben werde und die nationalen Interessen der Teilstaaten in der EU berücksichtigt würden. Schließlich wurde unterstrichen, dass alle Staatssprachen der EU-Staa-

⁴² Im Gegensatz zum Lettischen, so unterstrich Zālīte, würde das Russische nicht den Status einer offiziellen EU-Sprache erhalten: *Vai latviešu valoda ES izdzīvos?* [Wird die lettische Sprache in der EU überleben?], in: *Lauku Avīze* v. 4. September 2003, S. 11.

⁴³ Zur Russifizierung in der Sowjetunion vgl. Dietrich Loeber, *Russifizierung in den baltischen Ländern – einst und jetzt*, in: *Baltisches Jahrbuch* 5 (1988), S. 144-163.

⁴⁴ *Atšķirības starp Padomju Savienību un Eiropas Savienību* [Die Unterschiede zwischen der Sowjetunion und der Europäischen Union], in: *Lauku Avīze* v. 18. September 2003.

ten offizielle Sprachen der EU seien – im Gegensatz zur Russifizierung während der Sowjetzeit.

In der Tageszeitung „Diena“ kamen unterschiedliche Meinungen zu Wort: In der Rubrik „Standpunkte“ wurden immer wieder verschiedene Stimmen zum EU-Beitritt abgedruckt, wobei man vor allem Personen befragte, deren berufliche Karriere Vorbildcharakter hatte.⁴⁵ Es überwogen die Aussagen derer, die sich für den Beitritt aussprachen.⁴⁶ Außerdem wurden immer wieder Stellungnahmen von lettischen Experten⁴⁷ publiziert, so am 19. September 2003: Sie beantworteten die Frage „Was würde Lettland verlieren, wenn es nein sagt“, im Tenor so: „Ein ‚Nein‘ zerstört den Sicherheitskreis“.⁴⁸ In der „Diena“ wurden auch Berichte über konkrete Beispiele gebracht, wo Lettland von den EU-Strukturfonds profitieren könnte, z.B. für den Ausbau des Tourismus auch im ländlichen Bereich⁴⁹ oder über das bereits begonnene Straßenprojekt „Baltijas ceļš“.⁵⁰

Doch trotz der tendenziell sachlicheren Darstellung – im Vergleich zur „Lauku Avīze“ – wurden auch in der „Diena“ klar die Emotionen der Letten angesprochen und die historische Bedeutung der Beitrittsentscheidung betont. So wurde in der Ausgabe am Tag des Beitritts eine Großaufnahme der Kalenderdemonstrationen⁵¹ vom 14.

⁴⁵ Vgl. z.B. Kāpēc jūs gribat/negribat, lai Latvija iestātos ES? [Warum wollten Sie/wollen Sie nicht, dass Lettland der EU beitrifft?], in: Diena v. 10. September 2003. In der ersten Septemberhälfte wurden auf Seite 2 der „Diena“ unter der Rubrik „viedokļi – ES uzskatu!“ [Standpunkte – Ich denke EU] fast täglich Meinungen von vier Personen mit verschiedenen Berufsbildern abgedruckt. Am 10. September 2008 wurden die Vorstandsvorsitzende der Firma „Lauma“, ein Opernsänger, ein Bauer und ein Großfarmer sowie der Leiter des Informationszentrums des Landkreises Ogre befragt.

⁴⁶ Ebenda. So sprachen sich von vier Befragten drei für den Beitritt aus. Die Argumente der Befürworter waren wesentlich besser als die des EU-Gegners, dessen Standpunkt vage blieb und nur unklare Befürchtungen formulierte.

⁴⁷ Als Expertenmeinungen wurden die Gastkommentare der Außenministerin Sandra Kalniete, der Politologin Vita Matīsa, des Rechtsexperten und Richters Egils Levits und des Direktor des Schlossmuseums Rundāle, Imants Lancmanis abgedruckt. Vgl. Ko Latvija zaudētu, sakot nē? [Was würde Lettland verlieren, wenn es nein sagt?], in: Diena v. 19. September 2003.

⁴⁸ „Nē“ pārraus drošības loku, in: Diena v. 19. September 2003. Auf Seite 1 wurde eine Europakarte gezeigt, auf der Lettland als einziger Beitrittskandidat nicht der EU beigetreten war: Lettland war ein schwarzer Fleck am Rande der blau dargestellten EU, direkt angrenzend an die in rot dargestellten ehemalige Sowjetrepubliken Russland, Belarus, Ukraine.

⁴⁹ Pietrūkst naudas lauku tūrismam [Geldmangel für Landtourismus], in: Diena v. 10. September 2003.

⁵⁰ Baltijas ceļš par ES naudu [Die Via Baltica bezahlt von EU-Geldern], in: Diena v. 10. September 2003. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung im September 2003 finanzierten die baltischen Staaten noch 25% der Kosten selbst; nach dem Beitritt sollten es nur noch 15% sein, da sie als EU-Staaten höhere Ansprüche hätten.

⁵¹ Die erste so genannte Kalenderdemonstration fand am 14. Juni 1987 statt, um an die

Juni 1988 veröffentlicht, auf der das Plakat zu sehen war: „Ein freies Lettland in einem geeinten Europa“.⁵² Kommentiert wurde das Bild mit der Aussage: „14. Juni 1988 – schon zu Atmoda-Zeiten war unser Ziel klar“.⁵³

In der „Diena“ wurde am Tag des Referendums zudem die hoffnungsvolle, zuversichtliche Rede veröffentlicht, die die lettische Präsidentin Vīķe-Freiberga am Abend vor dem Referendum auf dem Domplatz in Riga gehalten hatte.⁵⁴ Außerdem wurden die Kommentare ihres estnischen und litauischen Amtskollegen abgedruckt, in denen alle drei baltischen Präsidenten noch einmal die historische Bedeutung des EU-Beitritts nicht nur für Lettland, sondern für die ganze Region unterstrichen und die Einigkeit der baltischen Staaten beschworen. Damit wurde wiederum an die Einigkeit der Balten im Kampf um die Unabhängigkeit von der UdSSR und die Kooperation der Volksfrontbewegungen am Ende der 1980er Jahre angeknüpft.⁵⁵

Exkurs: Die EU-Berichterstattung vor dem Referendum in russischsprachigen Medien

Die Berichterstattung in den russischsprachigen Zeitungen⁵⁶ zur EU und zum EU-Beitritt war geringer als in den lettischsprachigen Zei-

Deportationen des 14. Juni 1941 zu erinnern. Es war der Startschuss zu weiteren Demonstrationen und Gedenkfeiern, die die lettische Unabhängigkeitsbewegung der 1980er Jahre begleiteten und immer an den für die Letten historisch denkwürdigen Tagen stattfanden. Vgl. Rasma Karklins, *Ethnopolitics and Transition to Democracy. The Collapse of the USSR and Latvia*. Washington, D.C. 1994, S. 95.

⁵² Brīvu Latviju, vienotā Eiropā [Ein freies Lettland im vereinigten Europa], in: *Diena* v. 20. September 2003.

⁵³ 1988. gada 14. jūnijs. Jau atmodas laikā mūsu mērķis bija skaidrs, vgl. ebenda.

⁵⁴ Lepnums, pašapziņa un pašapālvība teikt jā [Der Stolz, das Selbstbewusstsein und das Selbstvertrauen sagt ja], in: *Diena* v. 20. September 2003.

⁵⁵ Vgl. ebenda: Rolandas Paksas [litauischer Präsident], *Balsojiet par valsts nākotni!* [Stimmen Sie für die Zukunft Ihres Landes]; Arnold Rūtelis [estnischer Präsident] *Pirmoreiz varam izvēlēties sabiedrotos* [Zum ersten Mal können wir unsere Verbündeten auswählen].

⁵⁶ Bei der Analyse wurde die Berichterstattung in der russischsprachigen Tageszeitung „Telegraf“ betrachtet. Von den russischsprachigen Zeitungen in Lettland war zum Zeitpunkt des EU-Referendums der „Telegraf“ die seriöseste Zeitung, die sich auch um eine breit gefächerte Darstellung aller Themen bemühte. Zudem orientiert sich der „Telegraf“ mehr an der russischsprachigen Leserschaft, die über die lettische Staatsbürgerschaft verfügt. Die beiden anderen großen russischsprachigen Zeitungen, „Vesti Segodnja“ und „Čas“, sind als Regenbogenpresse einzustufen. Da sich beide Zeitungen auf Themen konzentrieren, die speziell für die russischsprachige Bevölkerung von Interesse sind, beschäftigten sie sich zu diesem Zeitpunkt v.a. mit der Schulreform. Das Thema EU-Beitritt war von untergeordneter Bedeutung. Dies erklärt sich auch daraus, dass die überwiegende Mehrheit der

tungen. Dies erklärt sich zum Teil daraus, dass ein großer Anteil der russischsprachigen Bevölkerung als „Nichtbürger“ nicht abstimmungsberechtigt war.⁵⁷

Statt den EU-Beitritt auf breiter Basis zu thematisieren, stand in den russischsprachigen Zeitungen zu diesem Zeitpunkt v.a. die Schulreform in Lettland im Fokus. Die Schulreform war im September 2003 das dominierende Thema für die russischsprachige Bevölkerung, denn das Schuljahr hatte gerade begonnen und die Umsetzung der Reform war für das kommende Jahr beschlossen worden: Mit dem Schuljahresbeginn 2004 wurde an russischsprachigen Schulen die Reform umgesetzt, der zufolge in der Sekundarstufe 60% des Unterrichts auf Lettisch abgehalten werden sollten.⁵⁸ Die Erhaltung der russischsprachigen Schulen in ihrer bisherigen Form wurde von Reformgegnern zum Symbol der Erhaltung der russischen Identität in Lettland stilisiert. Besonders „Štab“ („Hauptquartier für die Verteidigung der Russischen Schulen“) organisierte eine Reihe von Großdemonstrationen.⁵⁹ So protestierten am 4. September 2003 ca. 5 000 Menschen gegen die Schulreform.⁶⁰

Die Präsenz von Regierungsmitgliedern oder hohen Vertretern der EU wurde von den Aktivisten der Gruppierungen, die sich für den Erhalt der russischsprachigen Schulen in ihrer bisherigen Form einsetzten, als Plattform genutzt. Dabei wurde u.a. das Motto ausgege-

„Vesti Segodnja“-Leser nicht abstimmungsberechtigt war. Vgl. hierzu: Sergejs Kruks u. Ilze Sulmane, *Pilsoniskās sabiedrības attīstība un sabiedrības integrācija* [Zivilgesellschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Integration], Rīga 2002, S. 16 f.

⁵⁷ Am 15. Oktober 1991 beschloss der Oberste Sowjet Lettlands, dass nur diejenigen Einwohner Lettlands (bzw. deren Nachfahren) automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten sollten, die historisch, also bereits vor 1940, in Lettland ansässig gewesen waren. Dazu gehörte etwa ein Drittel der russischsprachigen Bevölkerung. Ca. 740 000 meist russischsprachige Sowjetbürger konnten jedoch die lettische Staatsbürgerschaft erst schrittweise nach Verabschiedung des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1994 bzw. der Einführung des lettischen Naturalisierungsverfahrens am 1. Januar 1995 beantragen. Bis 1998 war die lettische Staatsbürgerschaftsgesetzgebung sehr restriktiv, die Naturalisierung verlief auch danach schleppend. Daher gab es zum Zeitpunkt des EU-Referendums noch immer über 500 000 russischsprachige Nichtbürger.

⁵⁸ Zur Entwicklung der russisch- und lettischsprachigen Schulen seit der Sowjetzeit vgl. David J. Galbreath u. Mary Elizabeth Galvin, *The Titularization of Latvian Secondary Schools. The Historical Legacy of Soviet Policy Implementation*, in: *Journal of Baltic Studies* 36 (2005), S. 449-464, hier S. 454.

⁵⁹ Bei „Štab začity russkich škol“ („Hauptquartier für die Verteidigung der Russischen Schulen“), kurz „Štab“, handelt es sich um keine offiziell registrierte Organisation. Es gibt jedoch enge Verbindungen zur Partei PCTVL, die im lettischen Parlament vertreten ist und vor allem die russischsprachige Wählerschaft anspricht.

⁶⁰ *Zapretami problemu ne rešīs* [Man kann Probleme nicht mit Verboten lösen], in: *Telegraf* v. 5. September 2003.

ben: „Keine Reform, ja zu den Schulen, ja zu Europa; nein zu den Schulen, nein zu Europa.“⁶¹ Die Demonstranten gegen die Schulreform knüpften also das „Ja“ der (abstimmungsberechtigten) russischsprachigen Bevölkerung Lettlands an den Erhalt der russischsprachigen Schulen. Jedoch waren nicht alle Gruppierungen, die für den Erhalt der russischsprachigen Schulen demonstrierten, automatisch EU-Gegner. Die Organisation „LAŠOR“ („Vereinigung für die Unterstützung russischsprachiger Schulen in Lettland“)⁶² forderte Lettlands russischsprachige Bevölkerung auf, für den Beitritt zu stimmen: „Für ein vereinigtes Europa mit russischen Schulen“.⁶³ Denn es gab durchaus auch Angehörige der russischsprachigen Bevölkerung, die sich dessen bewusst waren, dass der Druck der EU auf die Naturalisierungs- und Sprachengesetzgebung im Vorfeld der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit Lettland dafür gesorgt hatte, die lettischen Gesetze zu liberalisieren.

Die EU-Berichterstattung in den russischsprachigen Medien war allgemein wesentlich distanzierter. Sie griff im Gegensatz zu den lettischen Medien auch Argumente von EU-Gegnern in Westeuropa auf. So berichtete der „Telegraf“ ausführlich über die britische Kampagne „Keep the Pound – No surrender, stuff the EURO rule Britannia“.⁶⁴ Damit wurde den russischsprachigen Lesern ein völlig anderes Bild als den lettischsprachigen Lesern der lettischen Zeitungen vermittelt: Demzufolge war die EU nicht der einzig mögliche Weg für Lettland; es gebe auch andere Staaten, die eigene Wege gehen würden. In der Berichterstattung über Europa und die EU wurden auch die sozialen Unterschiede, z.B. unterschiedlich hohe Bezüge bei Kindergeld oder Pensionen, innerhalb der EU thematisiert und darauf hingewiesen, dass ein EU-Beitritt keine sozialen Garantien beinhalte.⁶⁵ Dies war für die in Lettland traditionell eher am linken politischen Spektrum verortete russischsprachige Bevölkerung ein wichtiger Punkt.⁶⁶

⁶¹ Plakatspruch protestierender Eltern von betroffenen Schülern während eines Besuchs von Vaira Vīķe-Freiberga in der russischen Schule Nr. 19 in Riga: Pokolenie next caditsja sa party [Die nächste Generation sitzt hinter den Schulpulten], in: Telegraf v. 2. September 2003.

⁶² LAŠOR = Latvijskaja Asociacija v podderžku škol s obučenijem na russkom jazyke.

⁶³ Vgl. LAŠOR krievvalodigos aicina balsot par [LAŠOR ruft die russischsprachige Bevölkerung auf, dafür zu stimmen], in: Diena v. 20. September 2003.

⁶⁴ Neblagoprijatnyj ischod [Ungünstiger Ausgang], in: Telegraf v. 19. September 2003.

⁶⁵ Brak bez garantij. Vstuplenie v ES ne poblijaet na razmery pensij i posobij [Ehe ohne Garantie. Der Beitritt zur EU wird die Höhe der Renten und staatlichen Beihilfen nicht beeinflussen], in: Telegraf v. 3. September 2003.

⁶⁶ Themen wie soziale Gerechtigkeit werden in Lettland vor allem von den „Russenseiten“ diskutiert.

Darüber hinaus wurden in der russischsprachigen Presse die hohen Kosten der EU-Werbekampagne kritisiert, verbunden mit Korruptionsvorwürfen und der Frage, ob die EU-Gelder wirklich alle in die EU-Medienkampagne in Lettland geflossen seien.⁶⁷

Russischsprachige Bevölkerung versus Letten? Das Abstimmungsverhalten beim Referendum

Im Referendum am 20. September 2003 sprachen sich 66,96% der Wahlberechtigten in Lettland für den Beitritt aus – bei einer hohen Wahlbeteiligung von 72,5%. Nach dem Referendum folgte eine ausführliche Analyse des Abstimmungsverhaltens mit dem Ergebnis, dass in den überwiegend von russischsprachigen Letten bewohnten östlichen Landesteilen die Mehrheit gegen den EU-Beitritt gestimmt hatte. In dem regionalen baltischen Ableger der russischen Tageszeitung „Kommersant“ erschien die Schlagzeile: „Letten dafür – Russen dagegen“.⁶⁸

In der Region Daugavpils – wo laut lettischer Statistik nur 17,4% Letten wohnen⁶⁹ – stimmten nur 31% für den Beitritt.⁷⁰ Die Region ist auch deshalb relativ repräsentativ für das Abstimmungsverhalten der Russen, weil hier viele Angehörige der historischen russischsprachigen Minderheit Lettlands leben – so auch die Altgläubigen, orthodoxe Christen, die im 17. Jahrhundert aufgrund der russischen Kirchenreformen nach Lettgallen flohen.⁷¹ Da diese historisch gewachsene russische Minderheit 1991 automatisch die lettische Staatsbürgerschaft verliehen bekam – denn sie erfüllte das Kriterium schon vor Beginn der Okkupation 1940, Staatsbürger Lettlands gewesen zu sein –, waren sie auch beim EU-Referendum abstimmungsberechtigt.

⁶⁷ Million na evropejskoe sčast'e. Kuda ušli den'gi, vydelennye na propagandy ES [Eine Million für das europäische Glück. Wohin floss das Geld, das für EU-Propaganda bereitgestellt wurde], in: *Telegraf* v. 2. September 2003.

⁶⁸ Latiši – „za“, russkie – „protiv“ [Letten – „dafür“, Russen – „dagegen“], in: *Kommersant Baltic Daily* v. 22. September 2003.

⁶⁹ Von 106 168 Einwohnern in Daugavpils sind nach statistischen Angaben nur 18 520 ethnische Letten, vgl. Zahlen auf Anfrage: Īpašu uzdevumu ministra sabiedrības integrācijas lietās sekretariāts [Sekretariat des Ministers für soziale Integration], *Latvijas iedzīvotāju sadalījums pēc nacionālā sastāva un valstiskās piederības* [Die Aufteilung der Einwohner Lettlands nach nationaler Zusammensetzung und staatlicher Zugehörigkeit] v. 1. Januar 2008.

⁷⁰ Grafik Abstimmungsverhalten, in: *Kommersant Baltic Daily* v. 22. September 2003.

⁷¹ Ilga Apine u. Vladislavs Volkovs, *Latvijas krievu identitāte: vēsturisks un socioloģisks apcerējums* [Die Identität der lettländischen Russen: eine geschichtliche und soziologische Abhandlung]. Rīga 2007, hier S. 16.

Das Ergebnis – Letten hatten überwiegend für den EU-Beitritt, Russen dagegen gestimmt – bestätigte die gängige Meinung vieler Letten über die russischsprachige Bevölkerung des Landes. Es schien zudem im Nachhinein die rigide Staatsbürgerschaftsgesetzgebung nach der Unabhängigkeit Lettlands zu rechtfertigen. Diese hatte dafür gesorgt, dass Tausende von „sowjetischen Kolonisten“ und „Okkupanten“, die während der Sowjetzeit zumeist als Arbeitsmigranten nach Lettland kamen, 1991 nicht sofort die lettische Staatsbürgerschaft erhielten.⁷² Noch heute wird von vielen lettischen Politikern und Meinungsforschern die Meinung vertreten, dass der lettische Staat erst „Nägel mit Köpfen machen“ und seine Unabhängigkeit (von Russland) durch die Integration in westliche Strukturen (EU- und NATO-Beitritt) absichern musste, bevor die während der Sowjetzeit Zugezogenen integriert werden konnten.

Allerdings ist die Gleichung – Regionen mit einem hohen Anteil an russischsprachiger Bevölkerung stimmten gegen den Beitritt, also sei die russischsprachige Bevölkerung *per se* gegen den EU-Beitritt – eine zu vereinfachte Erklärung der lettischen Verhältnisse. Es deckt sich auch nicht mit den Ergebnissen der Eurobarometer-Umfragen von 1995–2002, die belegen, dass die russischsprachige Bevölkerung vor der Phase des „Beitrittswahlkampfes“ nur unwesentlich kritischer zum EU-Beitritt eingestellt war als viele Letten.⁷³

Sicherlich lässt die Analyse des EU-Referendums die Schlussfolgerung zu, dass der Anteil der EU-Gegner unter den Angehörigen der russischsprachigen Bevölkerung höher sei. Doch ist es notwendig, hier nach den Gründen zu fragen. Aufgrund der wesentlich kritischeren Berichterstattung in den russischen Medien wurde bei Lettlands russischer Bevölkerung eher eine ablehnende Haltung unterstützt – insbesondere vor dem Hintergrund der Schulreform, die bei vielen Angehörigen der russischsprachigen Bevölkerung das Gefühl hervorrief, die EU schaue tatenlos zu, wie der lettische Staat sie ihrer als Grundrecht empfundenen Schulautonomie beraube.⁷⁴

⁷² In den 1960er, 70er und 80er Jahren kamen Tausende in der Regel russische oder russischsprachige Arbeitskräfte für die neu gegründeten Industriekombinate nach Lettland. Wie der britische Geograf Graham Smith errechnet hat, war seit den 60er Jahren die Netto-Zuwanderung aus den „nicht-lettischen“ Sowjetrepubliken (v.a. der russischen SSR) für mehr als die Hälfte des allgemeinen Bevölkerungswachstums in Lettland verantwortlich. Vgl. Graham Smith, Die Probleme des Nationalsozialismus in den drei baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen, in: *Acta Baltica* 21 (1982), S. 143-177, hier S. 153.

⁷³ Eurobarometer 5 (1995), Anhang Grafik 9 ff; Vgl. auch Muiznieks, Kehris, *The European Union* (Anm. 8).

⁷⁴ Zur Wirkung der Schulreform auf die russischsprachige Bevölkerung vgl. *Reform – the*

In Bezug auf Bewohner der lettischen Grenzregion zu Russland, die mehrheitlich gegen den Beitritt stimmten, ist zudem relevant, dass diese Region unter dem Zusammenbruch der UdSSR und der damit einhergehenden Abtrennung von Russland durch Grenze und Visumpflicht und der Neuorientierung nach Westen besonders gelitten hatte. Während ihre Bewohner vor dem Zerfall der UdSSR problemlos Verwandte oder Freunde in Russland besuchen konnten, müssen sie nun an einer massiv abgesicherten Grenze warten, die Lettland von Russland trennt.⁷⁵ Während Städte wie Daugavpils früher auf dem Weg von Riga ins Zentrum der UdSSR lagen, wurde die Region durch die politischen Entwicklungen seit 1991 zur strukturschwachen Grenzregion und ist nun ein Außenposten der EU. Bei der Beurteilung des Abstimmungsverhaltens der russischsprachigen Bevölkerung müssen auch diese Hintergründe berücksichtigt werden.

Wie gezeigt wurde, war der Wahlkampf der politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Elite Lettlands sehr stark von emotionalen Argumenten getragen. Es gab kaum pragmatische Informationskampagnen mit sachlichen Argumentationen, die darauf angelegt waren, die Bevölkerung über die EU und ihre Strukturen zu informieren. So wurde praktisch kaum erklärt, wie die Europäische Union funktioniert und was in den Kompetenzbereich der EU-Behörden fällt und was nicht. Um die Letten für das „Ja“ zum Beitritt zu mobilisieren und die Wahlbeteiligung zu steigern, wurde betont, dass es sich um Lettlands zweite Schicksalsentscheidung handele. Dabei wurde die EU als Gegenpol zu Russland stilisiert. Statt die Möglichkeit der Funktion Lettlands als Brücke von Ost nach West bzw. von Russland zur EU hervorzuheben, wurde die notwendige Abgrenzung und Absicherung vor dem Feind im Osten, dem unberechenbaren „russi-

last drop, in: Policy.lv Online v. 9. Mai 2004, in: <http://www.politika.lv/en/topics/education/16013/> [letzter Zugriff: 26.6.2009]; Zur Schulautonomie aus historischer Sicht vgl. Detlef Henning, Die Sprachenpolitik und die Gewährleistung des Bildungswesens nationaler Minderheiten in Lettland, in: Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten, hrsg. v. Boris Meissner, Dietrich A. Loeber u. Cornelius Hasselblatt. Hamburg 1995, S. 257-281, hier S. 261 f.

⁷⁵ Wie der Teilnehmer einer Studie aus der lettischen Grenzregion im Dreiländereck Estland/Lettland/Russland zu Protokoll gab: „We never used to think of ourselves as living in some kind of far-away place. On the contrary, we were so close to everything here: Riga, Leningrad, Pskov, even Novgorod was close to us! But now... Riga is far, even Tartu is far, and Tallinn is ‚very‘ far. And all the rest are equally cut off. So yes. This has become the bottom end of Latvia, the end of the road, a dead end if you like.“ Vgl. Laura Assmuth, To Which State to Belong? Ethnicity and Citizenship at Russia’s new EU-borders, in: Culture and Power at the Edges of the State. National support and subversion in European border regions, hrsg. v. Thomas M. Wilson u. Hastings Donnan. Münster 2005, S. 255-288, hier S. 278.

schen Bären“ akzentuiert. Somit kann es kaum erstaunen, dass sich die russischsprachige Bevölkerung Lettlands von diesen Argumenten weniger überzeugen ließ.

Ausblick: Lettland nach dem EU-Beitritt

Aktuell haben die EU-Skeptiker wieder die Oberhand gewonnen – der Trend bleibt negativ. Laut den für das Eurobarometer durchgeführten Umfragen unterstützten im Frühjahr 2008 nur noch 29% der Letten die Mitgliedschaft Lettlands in der EU.⁷⁶ Verglichen mit 2007 entspricht das einem Rückgang von 8%.⁷⁷ Laut der vom lettischen Markt- und Meinungsforschungsinstitut „SKDS“ im Mai 2008 durchgeführten Umfrage schätzen sogar nur 24,2% der Einwohner Lettlands den EU-Beitritt positiv ein.⁷⁸ 39,6% vertraten eine neutrale Einstellung zur EU, während 28,8% die Mitgliedschaft Lettlands in der EU negativ bewerteten.⁷⁹ Die negative Einstellung zur EU ist laut Forschungsergebnissen besonders bei der älteren (über 55-jährigen) und ländlichen Bevölkerung zu finden, bei Personen mit niedrigem Bildungsstand sowie den Einwohnern von Kurland und bei den nicht-lettischen Bevölkerungsteilen.⁸⁰

Zahlreiche Debatten in Lettland zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung und teilweise auch die lettischen Parlamentsabgeordneten noch immer ein diffuses Bild von der Macht und den Kompetenzen der EU haben. So wurde z.B. im Dezember 2005 in Lettland die Verfassung geändert, um die Ehe zwischen Mann und Frau zu schützen.⁸¹ In ihrer Argumentation beschworen lettische Parla-

⁷⁶ Support for Membership of the European Union, in: Standard Eurobarometer 69. Public Opinion in the European Union, Juni 2008, S. 23-26, hier S. 24. Die Umfragen wurden zwischen März und Mai 2008 durchgeführt.

⁷⁷ Aktuell liegt Lettland damit auf dem letzten Platz in der Statistik aller EU-Staaten. Die Mehrheit der Einwohner Lettlands (52%) schätzte die Mitgliedschaft neutral, also weder gut noch schlecht ein. Vgl. ebenda, S. 24 f.

⁷⁸ Tirgus un sabiedriskās domas pētījumu centrs (SKDS) [Zentrum für Markt- und Gesellschaftsforschung], *Atteiksmes pret Latvijas dalību Eiropas Savienībā. Latvijas iedzīvotāju aptauja* [Einstellung zur Mitgliedschaft in der EU. Umfrage unter den Einwohnern Lettlands]. Rīga 2008, S. 7.

⁷⁹ Ebenda; 7,4% der Befragten machten keine Angabe bzw. konnten sich zwischen keiner der Antworten entscheiden.

⁸⁰ Ebenda, S. 8 f. Die Einwohner Lettlands mit Nichtbürgerstatus schätzten die EU-Mitgliedschaft zu 38,3% negativ ein.

⁸¹ Vgl. Dita Arāja, *Satversmē nostiprina laulību* [Die Verfassung stärkt die Ehe], in: *Diena* v. 16. Dezember 2005. S. auch Aron Eglitis, *MPs ban same-sex marriages*, in: *Baltic Times* v. 22. Dezember 2005–4. Januar 2006.

mentsabgeordnete die Gefahr herauf, Brüssel könne von Lettland die Einführung der „Schwulen-Ehe“ fordern, wenn dies nicht durch die Verfassung ausgeschlossen sei – eine definitive Überschätzung Brüsseler Befugnisse.

Gründe der EU-Skepsis finden sich auch in der wirtschaftlich kritischen Lage des Landes. Lettland verzeichnete besonders nach dem Beitritt zur EU einen enormen Preisanstieg, im Mai 2008 erreichte die Inflationsrate in Lettland die Höchstmarke von 17,9%.⁸² In den Augen vieler Bürger, denen zuerst die hohe Inflation und seit Ende 2008 die Wirtschaftskrise mit den einher gehenden Lohnsteigerungen ihren bescheidenen Wohlstand rauben, scheint der EU-Beitritt wenig Vorteile gebracht zu haben. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die EU-Skepsis in Lettland zunimmt. Das Vertrauen der Letten in EU-Institutionen ist dennoch relativ hoch – verglichen mit dem Vertrauen in die eigenen nationalen Strukturen. Laut dem Eurobarometer 2008 hatten 46% der lettischen Bevölkerung Vertrauen in die EU, während nur 12% dem eigenen lettischen Parlament vertrauen.⁸³ Dies erklärt den Umstand, dass die Mehrheit der Letten (39,6%) zwar kein sehr positives, jedoch auch kein sehr negatives Image von der EU hat und der EU-Mitgliedschaft eher neutral und nüchtern gegenübersteht. Die EU wird als Machtbalance zur eigenen Regierung geschätzt, die weitgehend als korrupt gilt – nicht mehr und nicht weniger. Von der Erfüllung des europäischen Traums für Lettland kann indes keine Rede sein.

⁸² Alf Vanags u. Mortens Hansen, Stagflation in Latvia. How Long, How Far, How Deep?, SSE Riga, BICEPS Occasional Paper Nr. 4, S. 3. Vgl. <http://www.biceps.org/files/Inflation%202008%20web%20page%20version%20170908.pdf> [letzter Zugriff: 26.6.2009].

⁸³ Standard Eurobarometer 69. Public Opinion in the European Union, Executive Summary (Spring 2008), S. 5.